

Die politische Landschaft: Wachstum vs. Postwachstum

In der aktuellen politischen Situation gibt es mehrere brennende Themen: An vorderster Front sind die Themen Migration und Wirtschaft zu nennen. Das Thema, das die Menschheit am meisten bedroht, der Klimawandel, ist leider in der Priorität nach unten gerutscht – dazu kommen wir aber noch später. Die Migration stellen wir vorerst zur Seite, werden aber auch darauf noch zu sprechen kommen.

Beschäftigen wir uns vorerst einmal mit der Wirtschaft. Diese in Schwung zu bringen, wird als dringendstes Problem angesehen, um einerseits die Stimmung im Land zu heben und andererseits, um mit den hoffentlich steigenden Steuereinnahmen die vielen Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag zu finanzieren. Seit es die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland gibt, hängt das Wohl der Wirtschaft vom Wachstum ab – ohne Wachstum gibt es keine wirtschaftliche Prosperität. Leider leben wir nicht in einer unendlichen Welt, sodass es kein unendliches Wachstum geben kann. Diese Erkenntnis hatten bereits 1972 Wissenschaftler des MIT (Massachusetts Institute of Technology), als im Rahmen des Club of Rome auf die Grenzen des Wachstums hingewiesen wurde. Sie stellten Prognosen auf, die aufzeigen sollten, wie sich Industrieproduktion, Umweltverschmutzung, Bevölkerungszahl, Ressourcen und Nahrungsbedarf in den kommenden Jahren entwickeln würden. Die Ergebnisse waren sehr besorgniserregend, sodass Sithu U Thant (1909–1974), UN-Generalsekretär von 1961 bis 1971, sinngemäß folgende Aussage tätigte: „Uns bleibt ein Jahrzehnt zum Umsteuern, um Streitigkeiten und Wettrüsten zu beenden und das Bevölkerungswachstum zu reduzieren.“ Ein Zitat von ihm besagt darüber hinaus: **„Falls nicht umgesteuert wird, so werden, fürchte ich, die erwähnten Probleme derartige Ausmaße erreicht haben, dass ihre Bewältigung menschliche Fähigkeiten übersteigt.“**

Der Club of Rome gab Hinweise, wie der gefährlichen Entwicklung Einhalt geboten werden könnte. Diese wurden jedoch ignoriert. Es kam sogar noch schlimmer: In den 1990er Jahren erlebte man das Diktat der Märkte, bei dem die wirtschaftlichen Kräfte des freien Marktes eine übermäßige und dominante Kontrolle über politische und gesellschaftliche Entwicklungen ausüben (angelsächsischer Neoliberalismus).

Im Jahr 2004 wurden die weltwirtschaftlichen Parameter von 1972 erneut untersucht. Mit Überraschung musste festgestellt werden, dass die damals prognostizierten alarmierenden Werte nahezu alle Realität geworden waren. Lediglich die Prognose in Sachen Umweltverschmutzung lag völlig daneben: Sie sollte ab 2050 zurückgehen, steigt aber nach neuesten Erkenntnissen weiterhin extrem an (siehe die Thematik Mikroplastik, von der man 1972 noch nichts wusste). Das alles sieht für die Zukunft der Menschheit nicht gut aus. Zumal nirgends ein Anzeichen des Einlenkens oder der Umkehr zu sehen ist. Die zentrale Ursache liegt im **Wachstumsdogma** moderner Volkswirtschaften, dem bereits erwähnten Zwang zur ständigen ökonomischen Expansion. Dabei müsste eigentlich klar sein, dass dies keine Zukunft hat: Die aktuelle Klimakrise, Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheit stellen die moderne Wirtschaft bereits jetzt vor tiefgreifende Herausforderungen.

Bisher bedeutete Wachstum immer auch einen steigenden Energieverbrauch – und dies wird trotz mancher ressourcenschonenden Technologie in ähnlicher Form auch für die Zukunft so sein. Selbst bei wachsender Effizienz, technologischem Fortschritt und internationalen Klimazielen werden bei weiterem Wachstum der weltweite Energieverbrauch und der damit einhergehende CO₂-Ausstoß weiter ansteigen. Dies hat fatale Folgen für das globale Klima.

Genau hier setzt die **Postwachstumsökonomie** an. Sie fordert einen radikalen Wandel im wirtschaftlichen Denken – weg von der Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), hin zu einer

Wirtschaftsform, die Ressourcen schont, sozial ist und Stabilität gewährleistet. Doch was genau ist Postwachstumsökonomie?

Der Begriff bezeichnet Konzepte, die eine gezielte Abkehr vom permanenten Wirtschaftswachstum fordern. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob eine Gesellschaft dauerhaft stabil und gerecht funktionieren kann, ohne dass ihre Wirtschaft ständig wächst.

Der deutsche Ökonom **Prof. Niko Paech** (Universität Siegen) ist einer der bekanntesten Vertreter dieser Denkrichtung. Für ihn ist klar: In einer Welt mit endlichen Ressourcen kann es kein unendliches Wachstum geben – selbst „grünes Wachstum“ mit sauberer Technologie unterliegt physikalischen Grenzen. Was verlangt also die Postwachstumsökonomie von uns als Individuen und als Gesellschaft?

1. Die erste Forderung trifft den Bundesbürger ins Mark, so wie die Parteien ihn sehen. Es geht um die **Reduktion des materiellen Konsums** auf das Notwendige und um eine **kritische Auseinandersetzung mit Überfluss**, beispielsweise bei Kleidung, Elektronik und Reisen. Der Konsum soll durch „Zeitwohlstand“, Selbstbestimmung und soziale Beziehungen ersetzt werden.
2. Als Nächstes geht es um **Selbstversorgung und Eigenarbeit**: Was hat man früher alles selbst gemacht? Reparaturen, Gärtnern, Kochen, Nähen. Diese Fähigkeiten sollten eine Renaissance erleben. Ein Beispiel könnte sein: Urban Gardening und lokale Eigenproduktion – soweit es die Umstände zulassen. Ein weiteres Beispiel ist die lokale Energieproduktion, wie sie bei den zunehmend beliebteren „Balkon-Kraftwerken“ praktiziert wird. Das Ziel sollte eine geringere Abhängigkeit von globalen Lieferketten und industriellen Prozessen sein.
4. Hierzu passt ideal die Förderung **regionaler Kreisläufe** statt globaler Arbeitsteilung, beispielsweise durch den Konsum von lokal produzierten Lebensmitteln und Gebrauchsgütern. Damit soll eine Stärkung der Resilienz, der Nachhaltigkeit und des regionalen Gemeinwohls einhergehen.
5. Eine besonders revolutionäre Forderung ist die **Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit** auf beispielsweise 20 Stunden, was der aktuellen Forderung des Kanzlers, mehr zu arbeiten, entgegensteht. Es soll mehr Zeit für Familie, Gemeinwesen, Eigenarbeit und Kreativität, für Selbstversorgung, ehrenamtliches Engagement und Sorgearbeit zur Verfügung stehen. Dies würde zu einer **Neudefinition von Wohlstand** führen: Nicht Einkommen, Wachstum oder BIP, sondern die Lebensqualität wäre die Messlatte.
6. Als letztes Postulat soll die **Technikgläubigkeit** überdacht werden. Nicht jede Innovation ist ökologisch sinnvoll. (Braucht es 8k-Fernseher, deren Bilder vom menschlichen Auge gar nicht mehr sinnvoll wahrgenommen werden?) Wir benötigen eine kritische Reflexion des Technikeinsatzes und man sollte auf „grüne Illusionen“, dass beispielsweise Technologien allein den Klimawandel lösen könne, verzichten. Die Technik sollte auf das begrenzt werden, was ökologisch, sozial und ethisch verantwortbar ist.

Die Postwachstumsökonomie erfordert ein Umdenken bzw. einen Kulturwandel: **weg vom Konsum** als Statussymbol, **hin zu Lebensqualität** durch **Gemeinschaft, Zeitwohlstand und Suffizienz** – ein Schlüsselbegriff der Nachhaltigkeit. Suffizienz bezeichnet eine Lebensweise, die bewussten Verzicht und eine reduzierte Ressourcennutzung anstrebt, um ökologische Grenzen einzuhalten und ein nachhaltiges Leben zu ermöglichen. Es geht um:

„Weniger Haben, mehr Sein!“

Paechs Modell ist keine Utopie, sondern ein Vorschlag für eine **konkrete Transformationsstrategie** angesichts globaler Grenzen, Ressourcenknappheit und Klimakrise.

Wie zu erwarten, rufen diese sechs Postulate leidenschaftliche Kritik hervor, sie werden keineswegs akzeptiert, sondern sind heftig umstritten. Folgende Kritikpunkte werden aufgeführt:

1. Politische Umsetzbarkeit: Ein freiwilliger Abschied vom Wachstumsparadigma ist in parlamentarischen Demokratien nur schwer bzw. gar nicht vermittelbar.

Prof. Paech formuliert dazu das **Dilemma der Politik** in der Demokratie wie folgt:

**„Was die Wählergunst sichert,
endet langfristig im ökologischen Abgrund!“
Und was die Lebensgrundlage sichert,
endet kurzfristig im politischen Abgrund!“**
(Eigentlich ist dieser Punkt bereits ein Todschlachargument!)

2. Soziale Risiken: Kritiker befürchten Arbeitsplatzverluste, wenn Unternehmen nicht mehr wachsen können.
3. Globale Gerechtigkeit: Länder des Globalen Südens könnten argumentieren, dass sie ein Recht auf ökonomisches Wachstum haben – wie einst die Industriestaaten.

Soweit die Gedanken zur Postwachstumsökonomie!

Von unserer BIP-Gläubigkeit wegzukommen, ist extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Schließlich haben wir doch Jahrzehnte mit wachsendem Wohlstand erlebt, der als Maß aller Dinge gilt. Dabei gibt es auch Alternativen zum BIP. Postwachstumsansätze schlagen vor, das BIP als Hauptindikator für gesellschaftlichen Fortschritt abzulösen. Stattdessen sollen **alternative Wohlstandsmaße** wie Lebenszufriedenheit, ökologische Nachhaltigkeit oder soziale Teilhabe in den Fokus rücken. Beispiele hierfür sind der **Happy Planet Index (HPI)**, der **Genuine Progress Indicator (GPI)** oder das in **Bhutan praktizierte Bruttonationalglück**.

Der HPI ist ein Index, der das nachhaltige Wohlbefinden von Ländern misst. Er bewertet, wie effizient ein Land seinen Bürgern ein langes und glückliches Leben ermöglicht, ohne die Umwelt stark zu belasten. Was ist der HPI?

1. Der **Happy Planet Index (HPI)**, wurde 2006 von der New Economics Foundation entwickelt und dient als Alternative zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für den gesellschaftlichen Fortschritt.
2. Er kombiniert die drei Indikatoren Lebenszufriedenheit, Lebenserwartung und ökologischen Fußabdruck.
3. Im Gegensatz zum BIP, das vor allem wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt, konzentriert sich der HPI auf das menschliche Wohlbefinden und die ökologische Nachhaltigkeit.
4. Er versucht zu messen, wie effektiv ein Land ein gutes Leben für seine Bürger schafft, ohne die Umwelt zu stark zu belasten.

Der **Genuine Progress Indicator (GPI)** ist ein alternatives Maß für den ökonomischen Wohlstand, das über das BIP hinausgeht, indem es ökologische und soziale Faktoren einbezieht. Ziel ist es, ein umfassenderes Bild des Fortschritts einer Nation zu vermitteln, indem Aspekte wie Einkommensungleichheit, nicht-marktwirtschaftliche Leistungen und die negativen Folgen wirtschaftlicher Aktivität berücksichtigt werden. Was ist der GPI?

1. Der **Genuine Progress Indicator (GPI)** wurde entwickelt, um den nachhaltigen ökonomischen Wohlstand zu messen. Dabei wird auch der Zustand der natürlichen und sozialen Umwelt berücksichtigt.

2. Der GPI umfasst nicht-marktwirtschaftliche Beiträge wie ehrenamtliche Arbeit, Hausarbeit und den Wert natürlicher Ressourcen.
3. Der GPI zieht Kosten ab, die durch Umweltschäden, gesundheitliche Belastungen und den Verlust an Freizeit entstehen.
4. Der GPI bezieht Einkommensungleichheit mit ein, um ein gerechteres Maß für das wirtschaftliche Wohlergehen zu liefern.
5. Der GPI wird häufig als Alternative oder Ergänzung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrachtet, das sich hauptsächlich auf Markttransaktionen konzentriert.

Der GPI vermittelt ein ganzheitlicheres Bild des Fortschritts einer Nation, da er die breiteren Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten einbezieht – darunter ökologische, soziale und ökonomische Aspekte (laut Maryland Department of Natural Resources).

Bhutans **Bruttonationalglück** ist ein ganzheitlicher Ansatz zur gesellschaftlichen Entwicklung, der sowohl materielle als auch immaterielle Werte berücksichtigt. Das Ziel besteht darin, eine ausgewogene Balance zwischen wirtschaftlichem Fortschritt, kultureller Identität, Umweltschutz und psychischem Wohlbefinden zu schaffen. Es wurde in den 1970-er Jahren vom damaligen König Jigme Singye Wangchuck eingeführt und später durch ein umfassendes Messsystem konkretisiert. Was ist das Bruttonationalglück?

1. Das **Bruttonationalglück** fordert zunächst eine nachhaltige und gerechte sozioökonomische Entwicklung durch Zugang zu Bildung, Gesundheit und Lebensgrundlagen – jedoch ohne Wachstumszwang.
2. Erhaltung und Förderung kultureller Werte durch Schutz von Sprache, Religion, Traditionen und kulturellem Erbe.
3. Umweltschutz durch nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und Erhaltung der Biodiversität.
4. Gute Regierungsführung durch transparente, verantwortungsvolle und partizipative Institutionen.

Das Bruttonationalglück ist ein weltweit einzigartiges Entwicklungsmodell, das auf ganzheitlichem Wohlbefinden statt wirtschaftlicher Maximierung basiert. Es stellt den Menschen und die Umwelt ins Zentrum der Politik und bietet eine kritische Alternative zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maßstab für Fortschritt.

(Wie diese drei Alternativen zu bewerten sind, soll hier nicht behandelt werden.)

Um auf die Postwachstumsökonomie zurückzukommen: Sie stellt keine einfache Lösung dar, sondern eine tiefgreifende Infragestellung unseres gesamten Wirtschaftssystems. Sie fordert Verzicht, aber keine Verarmung. Weniger materieller Konsum könnte mehr Zeit, Gesundheit & Gemeinnutzen bedeuten

In einer Welt, in der Umweltzerstörung und soziale Krisen zunehmen, bietet die Postwachstumsökonomie eine **wichtige Diskussionsgrundlage**: nicht mehr „Wie können wir weiterwachsen?“, sondern „Wie können wir gut leben – auch ohne Wachstum?“.

Wenn wir die geäußerten Bedenken ignorieren und unsere Wirtschaft in den gewohnten Gleisen weiterlaufen lassen, müssen wir zweifellos mit **weniger erfreulichen Konsequenzen** rechnen. Durch das traditionelle Wachstumspostulat wird ein höherer Energieverbrauch erwartet. Damit einher geht ein höherer CO₂-Ausstoß, der wiederum eine Temperaturerhöhung bedingt. Folgerichtig werden die Wetterextreme zunehmen, was mit hohen Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden durch **Wetterextreme** einhergehen wird. Diese weltweiten Kosten sind zwar schwer zu beziffern, sie können jedoch wohnstandsbedrohende Ausmaße annehmen.

An dieser Stelle kann man also eine Verbindung zwischen dem hochrangigen Ziel der aktuellen Regierung (Wachstum!), und dem nachrangigeren, aber wichtigen Thema Klima herstellen.

Wenn wir Klimaziele außer Acht lassen, droht mit hoher Sicherheit künftiges Ungemach. Hier einige Aspekte, die dramatische Konsequenzen nach sich ziehen:

1. Die **Wetterextreme** werden zunehmen. Man denke nur an die **Wassermassen** im Ahrtal, die Überschwemmungen im Allgäu im Jahr 2024, die Wasserfluten in Griechenland und anschließend in Libyen oder die jüngsten gewaltigen Regenmengen in Valencia oder Australien. Aber nicht nur der Regen stellt ein Problem dar. Im Jahr 2025 fielen in Deutschland bis Mai nur 36 % der üblichen Regenmenge. Eine Gefahr **extremer Dürren** mit Waldbrandgefahr besteht weltweit. Man erinnere sich an die katastrophalen Brände im Januar dieses Jahres in Kalifornien. Dürren können ganze Landstriche unbewohnbar machen.
2. Durch die **Temperaturerhöhung** werden die gewaltigen Eismassen von Grönland und der Antarktis schmelzen. Durch die Erwärmung der Ozeane dehnen sich die enormen Wassermassen aus. Beides zusammen verursacht – wie Studien zeigen – bis zum Jahr 2100 einen **Anstieg des Meeresspiegels um mindestens 30 bis zu 100 cm**.
3. Durch den Anstieg des Meeresspiegels werden auch **Meer-nah gelegene Gegenden unbewohnbar**. Beispiele dafür sind das Ganges-Brahmaputra-Delta in Bangladesch, das Nil-Delta in Ägypten oder das Mekong-Delta in Vietnam, die im Meer zu versinken drohen. Auch Orte wie Venedig, New Orleans, Bangkok oder Jakarta sind stark gefährdet. Wie werden sich die Bewohner dieser bedrohten Gebiete wohl verhalten? Sie werden sich auf den Weg in sichere und wohlbestallte Länder, wie beispielsweise Europa, machen.

Damit schließt sich der Kreis der drei herausragenden Aufgaben der Bundesregierung. Hier stellt sich die Kernfrage: Wird sie die richtigen Maßnahmen ergreifen und neben dem extrem wichtigen Thema der Sicherung der Demokratie auch das **Wachstumsproblem** mit den zentralen Herausforderungen **Migration** und **Klimawandel** nachhaltig lösen?

Literatur:

Erhardt, Ludwig: **Wohlstand für Alle** (3. Auflage 2021, ECON)

Müller, Albrecht: **DIE REVOLUTION IST FÄLLIG – Aber sie ist verboten**, Westend Verlag, 2020

Paech, Dr. Niko: **Das Ende des Wachstumswahns**, Neue Mitte, Katholisches Magazin für Wirtschaft & Soziales, 2/2023; Herausgeber: KKV (Kath. Kaufmannsverein) Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

Paech, Dr. Niko: **Ökonom Paech: Wohlstand nachhaltig anpeilen**, Phönix-Video:
<https://www.ardmediathek.de/video/phoenix-vor-ort/oekonom-paech-wohlstand-nachhaltig-anpeilen/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvNDg4NDQ4Nw>

Petersen Thomas: **Die Einstellung zur Marktwirtschaft**, in: Informationen zur politischen Bildung Nr. 347, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020

Wikipedia / chatGPT